

NACHRICHTEN

GEGEN NEONAZI-AUFMÄRSCH

**Dresden will wieder ganz groß protestieren**



Dresden hat ja wirklich auch viele schöne Seiten Foto: ap

DRESDEN | Die Stadt Dresden will wieder möglichst geschlossen gegen erwartete Großaufmärsche von Neonazis im Februar protestieren. Die „Arbeitsgruppe 13. Februar“ wolle an die guten Erfahrungen der Vergangenheit anknüpfen, sagte deren Moderator Frank Richter gestern. Erneut ist zum kommenden Gedenktag der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 2013 eine Menschenkette als Zeichen gegen die Neonazis geplant. „Sie ist ein anerkanntes und gewolltes Symbol“, sagte Richter. Weitere mögliche Protestveranstaltungen stehen den Angaben zufolge noch nicht fest. (dapd)

EX-NPD-CHEF VOR RICHTER

**Voigt bestreitet Volksverhetzung**

BERLIN | Der frühere NPD-Chef Udo Voigt hat den Vorwurf der Volksverhetzung vor dem Berliner Landgericht bestritten. „Ich sehe mich im Sinn der Anklage nicht schuldig“, erklärte Voigt gestern. Die Staatsanwaltschaft wirft dem 60-Jährigen vor, am 25. März 2010 in der Bezirksverordnetenversammlung Trepow-Köpenick die Soldaten der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS verherrlicht zu haben. Zur Anklage der Verbreitung eines ausländerfeindlichen Werbespots im Internet hat Voigt die Aussage verweigert. (dpa)

FÜHRUNGSPPOSITION

**Fast jede zweite Spitze ist schon Frau**

BERLIN | Frauen schaffen es in deutschen Unternehmen einer Studie zufolge immer häufiger in Führungspositionen: In den vergangenen zwölf Monaten seien knapp 41 Prozent aller neuen Führungspositionen mit Frauen besetzt worden, heißt es in einer gestern veröffentlichten Untersuchung der Personalberatungsgesellschaft Egon Zehnder International. Damit liegt Deutschland den Angaben zufolge sogar über dem europäischen Durchschnitt. Europaweit wurde demnach etwa jeder dritte Managerposten mit Frauen besetzt. (afp)

SCHWERIN

**Auszeichnung als „barrierefreie Stadt“**

FRANKFURT/M. | Die Stadt Schwerin ist gestern von der Stiftung „Lebendige Stadt“ und dem Bundesfamilienministerium mit dem Preis „Die barrierefreie Stadt“ ausgezeichnet worden. Das Preisgeld in Höhe von 15.000 Euro gehe zu gleichen Teilen an den gemeinnützigen Verein „Haus der Begegnung Schwerin“ und an das Schweriner Amt für Stadtentwicklung, hieß es. Eine Anerkennung für ihr Engagement für Barrierefreiheit erhielten die Städte Bayreuth, Taunusstein, Fürth, Luxemburg und Sosnowiec (Polen). (epd)

DAS WETTER

**Oben eher pfui, unten dafür hui**

Heute berappelt sich das Wetter wieder ein bisschen. Wenn sich die Morgennebelfelder aufgelöst haben, können sich die Mitte und der Süden über ziemlich viel Sonnenschein freuen. Die paar vorüberziehenden Schleierwolken stören dabei kaum. Weniger schön sieht es im Küstenumfeld aus; dort treibt der lebhafteste Westwind dicke Wolken vor sich her, aus denen es immer wieder etwas regnet. Dort bleibt es frisch bei 18 Grad, im Süden wird es wärmer bei 20 bis 25 Grad.



**Streit über Adresshandel geht in die nächste Runde**

**MELDEGESETZ** Bund und Länder sollen sich im gemeinsamen Vermittlungsausschuss einigen

BERLIN taz | Im Streit über das geplante Meldegesetz sollen sich Bundestag und Bundesrat im gemeinsamen Vermittlungsausschuss über Nachbesserungen verständigen. Dafür plädierten am Donnerstag die Vertreter aller 16 Bundesländer im Innenausschuss des Bundesrates.

Am Abend des Fußball-EM-Halbfinals am 28. Juni hatte der nur dünn besetzte Bundestag den umstrittenen Gesetzentwurf beschlossen. Er sieht die Weitergabe von Daten wie Namen und Adressen ohne Einwilligung der Bürger an Firmen vor. Kritiker warfen den Koalitionsfraktionen vor, das Gesetz in einer „Nacht-und-Nebel-Aktion“ durchgewinkt zu haben. Zuvor hatte die Werbewirtschaft Druck ausgeübt, um Regelungen in ihrem Sinne zu erreichen.

„Staatliche Melderegister dürfen keine Grabbeltische der Werbewirtschaft und Adresshändler sein“, kritisierte Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner (SPD), Vorsitzender des Innenausschusses, am Rande der Sitzung. Am 21. September kommt der Bundesrat zur Plenarsitzung zusammen. Er muss endgültig über den Start eines Vermittlungsverfahrens entscheiden.

Strittig ist vor allem der Paragraph 44 des geplanten Gesetzes, der den Zugriff der Privatwirtschaft auf die Daten der Meldeämter regelt. Demnach müssen Bürger der Weitergabe ihrer Daten nicht mehr zustimmen, sondern müssen ihr explizit widersprechen. Ein spezielles Feld müsste in den Datensätzen angekreuzt werden, um den Adresshandel zu verhindern. Hinzu kommt, dass der Entwurf den Bürgern keine Mitsprache ermöglicht, wenn einem Unternehmen veraltete oder unvollständige Daten zu einer Person vorliegen. Wer einmal online einen Flug gebucht oder ein Buch bestellt hat, kann nichts dagegen tun, dass seine aktualisierten Daten von der entsprechenden Firma abgefragt werden.

Dreißig Aktivisten haben am Donnerstag vor dem Bundesrat protestiert und dem Vorsitzenden des Innenausschusses Breitner eine Unterschriftenliste übergeben. Nach Angaben des Bündnisses „Meine Daten sind keine Ware“ haben sich mehr als 190.000 Bürger gegen die geplanten Änderungen ausgesprochen. Die Piratenpartei plant derweil einen bundesweiten Protesttag für mehr Datenschutz am 20. September. **JANNIS HAGMANN**

**Arme Ministerin**

**RENTE** Arbeitsministerin Ursula von der Leyen steht alleine da. Nach Kanzlerin und FDP lehnt nun auch ihre eigene Unions-Fraktion eine Zuschussrente gegen Altersarmut ab



Da schritten sie noch im Gleichklang: Die Harmonie zwischen Merkel und ihrer Ministerin ist dahin Foto: reuters

**AUS BERLIN MATTHIAS LOHRE**

Ihre Worte sollen kämpferisch wirken. „Ich fühle mich nicht einsam“, sagte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Donnerstag gegenüber Spiegel Online. „Ich habe schon einige politische Stürme erlebt“, und auch diesen Kampf werde sie durchstehen. Doch mit ihrer Forderung, die Rente von Geringverdienern unter bestimmten Voraussetzungen auf bis zu 850 Euro pro Monat aufzustocken, steht von der Leyen allein da. Und es scheint unklar, wie sie noch einen gesichtswahrenden Rückzug hinkriegen kann.

Die Ministerin sagte im Interview: „Politische Auseinandersetzungen müssen geführt werden, und hier geht es um eine grundlegende Gerechtigkeitsfrage im Rentensystem und in der Gesellschaft.“ Bis Ende Oktober erwarte sie Richtungsentscheidungen. Danach wird es sehr unwahrscheinlich, dass die Koalition noch weitreichende Vorhaben auf den Weg bringt. Im Herbst 2013 ist Bundestagswahl. Damit erhöht von der Leyen den Einsatz in der Auseinandersetzung. Doch selbst die eigene Partei rückt von der Ministerin ab.

Anlass der Kontroverse ist eine Modellrechnung, die von der

**„Hier geht es um eine grundlegende Gerechtigkeitsfrage“**

**URSULA VON DER LEYEN (CDU)**

Leyen am vergangenen Sonntag öffentlich gemacht hat. Der Berechnung zufolge droht allen Arbeitnehmern mit weniger als 2.500 Euro brutto im Monat, sofern sie keine zusätzliche private Vorsorge betreiben, im Jahr 2030 eine Rente auf dem Niveau der Grundsicherung von 688 Euro. Neben anderen werfen ihr die Deutsche Rentenversicherung

und der Koalitionspartner FDP vor, die Ministerin hantiere mit übertriebenen Zahlen. Die vorhandene private Vorsorge, etwa durch Riester-Rentenverträge, bliebe unberücksichtigt. Auch die Kanzlerin soll laut Bild-Zeitung intern erklärt haben, sie bezweifle die Zahlen ihrer Ministerin, je mehr sie sich mit ihnen auseinandersetze. Nun stellt sich auch die CDU/CSU-Fraktion gegen von der Leyen.

Am Rande der Klausur der Unionsfraktion in Berlin erklärte deren Vorsitzender Volker Kauder (CDU) am Donnerstag: Statt einer einzelnen Maßnahme, um Altersarmut zu verhindern, brauche es eine „systemische Gesamtlösung als Antwort“. Man dürfe das „Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung nicht kleinreden“. Von einer Entscheidung bis zum Oktober wollte Kauder nichts wissen: „Da kann es auch keinen Zeitdruck geben.“ Damit scheint klar: Die Koalition will das Thema in dieser Legislaturperiode nicht mehr angehen. Denn auch die FDP lehnt eine Zuschussrente ab, die aus der Rentenkasse finanziert wird. Umverteilung gehöre ins Steuersystem und nicht in die Rente, erklärte der FDP-Generalsekretär Patrick Döring. Vielmehr müssten der „Vorsorgegedanke“ gestärkt und die Zuverdienstgrenzen erhöht werden.

Von der Leyen hält dagegen, mit privater Vorsorge könne man nur rechnen, wo sie existiert. Fakt sei, dass heute 40 Prozent der Niedrigverdiener nicht privat vorsorgen. Das seien die 1,8 Millionen Menschen, die sie in ihrer Berechnung genannt habe.

Meinung + Diskussion SEITE 12

**Für unabhängigen Journalismus – nicht nur bei uns**



Noch **20.000€** bis zum 15. September

Zum 20. Geburtstag der Genossenschaft unterstützt die taz vier kleine Mediengensenschaften in Uruguay, Schweden, Tschechien und der Türkei.

**Am 15. September wollen wir ihnen mindestens 50.000 € übergeben.** Über die Hälfte ist schon geschafft – machen Sie mit und beteiligen Sie sich mit einem Solidaritätsbetrag!

Mehr Informationen unter: [www.taz.de/genointernational](http://www.taz.de/genointernational)

**Überweisung an:**

GLS Gemeinschaftsbank eG  
BLZ 430 609 67

Konto-Nr. 80 20 47 74 00  
Stichwort: Genointernational

**Papa gehört jetzt wieder mehr dem Büro**

**VIELFALT** Unternehmen sind heute auch weniger frauenfreundlich als vor zwei Jahren, zeigt eine Umfrage

BERLIN taz | In deutschen Firmen werden Frauen und aktive Väter selten offen diskriminiert, aber auch immer weniger unterstützt. Das ergab eine Onlineumfrage der Kölner Unternehmensberatung Synergy Consult.

Die Consultingfirma hat seit 2011 Daten erhoben und miteinander verglichen. „In allen Fragen ist es schlechter geworden“, stellt Petra Köppel fest, die Unternehmen vor allem in Diversity- und Gender-Fragen berät. So ist laut der Längsschnittumfrage die Anerkennung von Teilzeit gesunken. Für Führungskräfte ist es immer seltener möglich, Teil-

zeit zu arbeiten. Darüber hinaus gibt es weniger Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Job und es wird seltener akzeptiert, wenn Mütter und Väter um 16 Uhr gehen, um ihre Kinder aus der Kita abzuholen. Die Befragten gaben auch an, dass immer weniger Väter mehr als zwei Monate an Elternzeit nehmen.

Auch die Frauenförderung geht zurück: Im Juli 2012 empfanden nur noch 62,5 Prozent der Befragten ihr Unternehmen als frauenfreundlich – im März 2011 waren es noch knapp 68 Prozent gewesen. 53 Prozent gaben an, dass sich das Topmanagement

ihres Unternehmens verpflichtet habe, Frauen zu fördern – 2011 waren es noch knapp 57 Prozent.

Ob große oder kleine Unternehmen, einfache Mitarbeiter oder Topmanager, mehr Frauen oder mehr Männer geantwortet haben, all das weiß Synergy Consult nicht. Die Befragung war anonym und wurde lediglich auf der Homepage der Unternehmensberatung beworben. „Wir gehen davon aus, dass die Antworten deshalb ehrlicher sind“, sagt Petra Köppel zur taz.

Glaubt man den Ergebnissen, dann gehen Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit

trotz starker öffentlicher Debatte zurück. Warum? „Die Sensibilität für Themen wie Frauenquote, Kita-Ausbau und Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist gewachsen, darum werden die Unternehmen kritischer bewertet“, vermutet Petra Köppel. Der Widerstand sei bei diesen Themen vor allem im mittleren Management groß, sagt die Volkswirtin. Aus der Umfrage gehe aber auch hervor, dass viele Frauen mit ihrem Arbeitgeber grundsätzlich zufrieden seien. „Viele Frauen wollen keine Veränderung – und auch nicht selbst an die Spitze“, so Köppel.

**SIMONE SCHMOLLACK**